

Persönlichkeitsschutz zwischen gesamtkirchlichem und weltlichem Recht



MARTINA TOLLKÜHN
KIRCHENRECHT
THEOLOGISCHE FAKULTÄT

Was macht das Besondere des **kirchlichen Datenschutzes** im Gegensatz zum staatlichen Datenschutz aus?

Personalakten,
Tauf-, Ehe-,
Totenbücher,
alle Archive



REUTERS/ Tony Gentile: Papst Franziskus



● Staatlicher
Datenschutz

● Staatskirchen-
recht

● Kirchlicher
Datenschutz



- Gesamtkirchlicher Ansatz zum Persönlichkeitsschutz
- Unterstützung teilkirchlicher Datenschutzordnungen
- Verbindung gesamtkirchlicher und teilkirchlicher Vorgaben



Luzern, 10. Oktober 2018

Theologische Fakultät
Zentrum für Religionsverfassungsrecht
dipl. theol. Martina Tollkühn

Dies Academicus der Universität Luzern vom 8. November 2018

Doktorierende berichten aus ihren Forschungsprojekten

Thema und Forschungsfrage

Wer darf wann unsere persönlichen Daten nutzen? Der Datenschutz ist eines der aktuellen Themen und seine Bedeutung wächst mit der Digitalisierung weiter an. Das gilt auch für die Regelungen im Datenschutz der Kirche. Die deutschen Bistümer sind hier in einer besonderen rechtlichen Lage. Sie verwalten ihre eigenen Angelegenheiten selbst. Dazu gehört auch der Datenschutz.

Meine Dissertation verfasse ich im Fach Kirchenrecht/ Staatskirchenrecht.

Dabei gehe ich unter anderem der Frage nach:

Was macht das Besondere des kirchlichen Datenschutzes im Gegensatz zum staatlichen Datenschutz aus?

Vorgehen

- Der erste Teil der Arbeit stellt die Rechtslage zum staatlichen Datenschutz in Bezug auf die Kirchen dar. Es geht darum, welche staatlichen Datenschutzvorschriften die Kirche betreffen. Eine wichtige Neuerung im Datenschutzrecht ist dabei die europäische Datenschutzgrundverordnung.
- Die Selbstverwaltungskompetenz der deutschen Teilkirchen ist im deutschen Grundgesetz festgeschrieben.
- Der zweite Teil der Arbeit begründet argumentativ anhand der geltenden staatlichen Rechtslage, warum der Datenschutz in diese Selbstverwaltungskompetenz fällt. Im Gleichschritt mit dem staatlichen Recht müssen sich auch kirchliche Vorgaben zum Datenschutz weiterentwickeln, damit die Daten in beiden Institutionen gleich sicher sind und ein Datenaustausch möglich ist.

Luzern, 10. Oktober 2018

- Der dritte Teil der Arbeit widmet sich den kirchlichen Vorgaben. Ich will gesamtkirchliche Grundlagen für den Datenschutz ableiten. Dazu habe ich eine qualitative Textanalyse ausgewählter Texte des Zweiten Vatikanischen Konzils nach Ansätzen zum Persönlichkeitsschutz durchgeführt. Anschliessend habe ich die Rezeption der Ergebnisse ins kirchlichen Gesetzbuch, dem Codex Iuris Canonici von 1983, untersucht. Dann erfolgte eine Kanonexegeese der für den Persönlichkeitsschutz einschlägigen Canones des Codex. Insbesondere der Canon 220 des Codex war dabei von Bedeutung. Dieser untersagt die Verletzung des guten Rufes einer Person und sichert den Schutz der eigenen Intimsphäre zu.
- In letzten Teil führe ich eine qualitative Textanalyse der teilkirchlichen Datenschutzvorgaben und Spezialgesetze zu Personalakten durch. Die Fragestellung ist dabei, inwiefern die Teilkirchen ihre Datenschutzvorgaben im gesamtkirchlichen Recht grundlegen.

Erkenntnisgewinn

Grundsätzlich kristallisieren sich in meiner Forschungsarbeit drei Ebenen des Erkenntnisgewinns heraus:

- Erstens lassen sich gesamtkirchliche Ansätze zum Persönlichkeitsschutz ableiten.
- Zweitens unterstützen die spezifisch teilkirchlichen Datenschutzordnungen durch ihren Zuschnitt die Teilkirchen bei ihrem Sendungsauftrag.
- Drittens gelingt eine Verbindung der gesamtkirchlichen und der teilkirchlichen Rechtsvorschriften.

Das stellt den Datenschutz in der Kirche auf eine breitere Basis, die nicht ausschliesslich von den staatlichen Vorgaben abhängig ist. Dieser Beitrag zur kirchenrechtlichen Forschung ist bisher noch nicht geleistet worden. Er will eine seit Jahren beklagte Forschungslücke schließen.

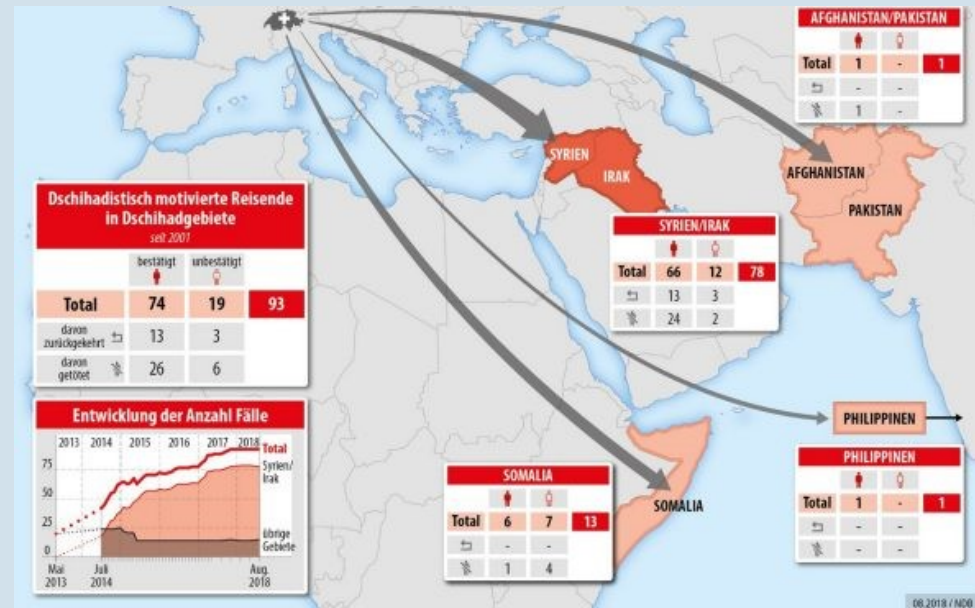
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Das Sozialkapital religiöser Terroristen: Jihadistische Mobilisierung in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1998-2018



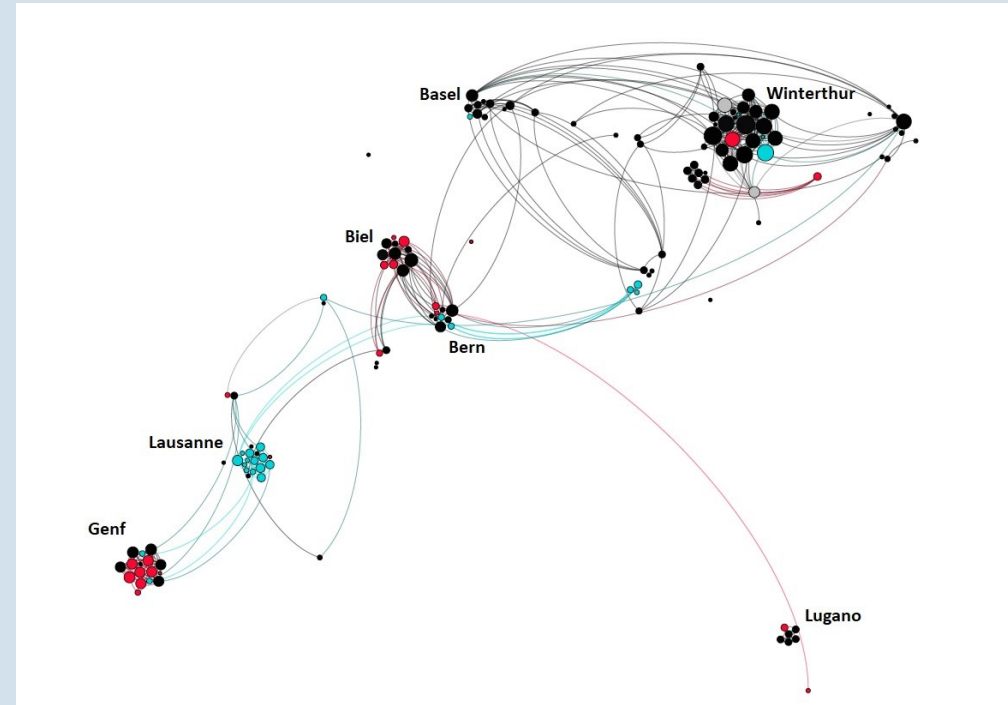
JOHANNES SAAL
POLITIKWISSENSCHAFT
KULTUR- UND
SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

- Überangebot an Theorien bzgl. des *Warum* von Radikalisierung
- Forschungsfrage: *Wie* radikalisiert sich Jihadisten in westlichen Gesellschaften?
- Theoretischer Ansatz: Sozialkapital

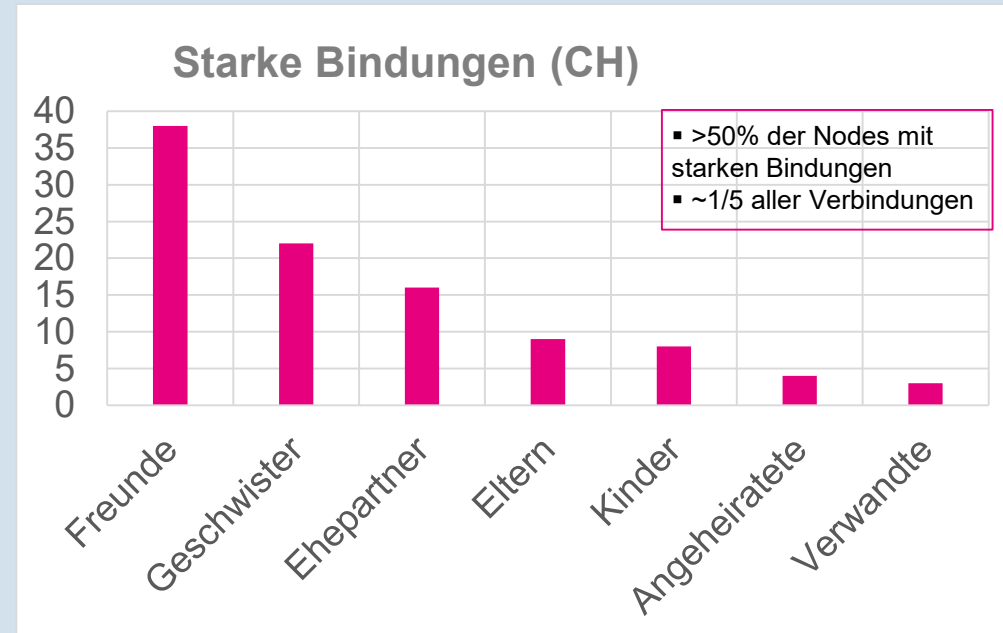


(NDB 2018)

- Datenbank: 1,300 Jihadisten aus Deutschland, Schweiz, Österreich
- Quellen: Gerichtsunterlagen, Autobiografien und Presseberichte
- Methode: Soziale Netzwerkanalyse



- Keine Radikalisierung in sozialer Isolation
- Freunde und Geschwister (Peers) haben bedeutender Rolle bei Radikalisierung
- Hohes Vertrauen in der Gruppe



- Beitrag zur wissenschaftlichen Erklärung von Radikalisierung
- Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte um die Rolle des Islam
- Interventionspunkte in der Prävention



(LeMonde/Anne-Gaelle Amiot)

Luzern, 8. November 2018

Dies Academicus der Universität Luzern vom 8. November 2018

Das Sozialkapital religiöser Terroristen: Jihadistische Mobilisierung in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1998-2018

Johannes Saal, M.A.
Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

„16 Islamisten aus der Schweiz sterben im Jihad“. Diese oder ähnliche Schlagzeilen konnten wir in den letzten Jahren oftmals in Schweizer Medien lesen. Auch Sie haben sich dabei sicherlich schon gefragt, warum entschließen sich diese zumeist jungen Muslime, ihre europäische Heimat zu verlassen um sich dem Islamischen Staat anzuschließen?

Warum ersehnen sich jene Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft einen fundamentalistischen Gottesstaat und nehmen dabei nicht nur den Tod Anderer, sondern auch den eigenen in Kauf?

In der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussion nach dem *Warum* von Radikalisierung liegt ein fast schon unüberschaubares Angebot von Theorien vor. Manche mögen meinen, dass der Islam per se gewalttätig, andere wiederum, dass der Westen Schuld ist? Sind es Diskriminierungserfahrungen? Oder einfach Abenteuerlust?

Die meisten jener Erklärungsversuche scheitern an der Komplexität des Phänomens Radikalisierung. Daher schien es mir erfolgsversprechender, in meiner Dissertation die Forschungsfrage zu stellen, *wie* sich Individuen zu religiösem Extremismus radikalieren. Somit interessiere ich mich primär für den Prozess der Radikalisierung selbst und weniger für dessen gesellschaftliche Ursachen.

Gerade bei terroristischen Gruppen stellen sich dahingehend die Fragen: Wie können Mitglieder und Unterstützung mobilisiert werden? Wie kann Vertrauen unter den Mitgliedern geschaffen werden? Wie können sie Verrat und Infiltration verhindern?

Auf diese und ähnliche Fragen bietet die Theorie des sozialen Kapitals eine Antwort. Unter Sozialkapital versteht man soziale Netzwerke, Vertrauen und Normen, die kollektive Handlungen zum Vorteil von Gruppen und deren Mitgliedern fördern. Es kann sowohl positive als auch negative Konsequenzen für die Gesellschaft haben.

Sozialkapital baut sich nämlich auch in Radikalisierungsprozessen auf und ist mit einem Wandel der sozialen Netzwerke der Akteure verbunden. Um diesen Wirkungszusammenhang zu analysieren, habe ich eine Datenbank von mehr als 1,300 deutschen, österreichischen und schweizerischen Jihadisten erstellt. Meine Daten stammen aus Gerichtsunterlagen, Autobiografien und Presseberichten.

Luzern, 8. November 2018

Angenommen, dass Radikalisierung wie der Prozess der religiösen Konversion maßgeblich durch zuvor bestehende soziale Beziehungen kanalisiert wird, ist es naheliegend sich methodisch der sozialen Netzwerkanalyse zu bedienen. Hierbei sind die Art und Dauer der Beziehungen zwischen Individuen entscheidend für die Struktur eines Netzwerks und wieviel Ressourcen – wie etwa Rekruten für den Jihad – dieses mobilisieren kann.

Meine vorläufigen Ergebnisse verdeutlichen, dass sich Personen nur in extremen Ausnahmefällen in völliger sozialer Isolation radikalisieren. Tatsächlich spielten bei der Hälfte meines Samples vorherige soziale Beziehungen vor allem zu Peers – also Freunden und Geschwistern – eine bedeutende Rolle.

Zudem ist die Ideologie der Konvertiten am Anfang der Radikalisierung weniger gefestigt. Tatsächlich kann man in der Regel den Prozess erst dann als abgeschlossen betrachten, wenn die persönlichen sozialen Beziehungen zu Mitgliedern der radikalen Gruppe überwiegen.

In der Regel kappen die neuen Adepten zugleich die meisten Brücken zu ihrem alten sozialen Leben. Dies führt zu einer Isolation und zugleich einem starken Zusammenhalt innerhalb jihadistischer Gruppen. Das dabei gewonnene hohe Vertrauen zwischen den Mitgliedern verringert schließlich auch das Risiko von Verrat und Infiltration.

Offensichtlich ist jihadistische Radikalisierung für die Religionswissenschaft nicht unbedingt ein neuer Forschungsgegenstand. Somit hoffe ich auch, einen Beitrag zu der öffentlichen Debatte über die Rolle des Islam bei der jihadistischen Radikalisierung leisten zu können.

Während Rechtspopulisten eine ganze Religion verantwortlich machen, behauptete kürzlich der renommierte französische Politik-wissenschaftler Olivier Roy, dass kein Zusammenhang zwischen dem Islam und Jihadismus bestehe. Beide Positionen pauschalisieren meines Erachtens und verkürzen das Problem. Der Islam ist kein monolithischer Block, sondern vielfältig. Dabei stellt der Jihadismus eine kleine, aber leider lautstarke Minderheit dar.

Das aus meiner Forschung resultierende Wissen könnte aber auch praktisch dabei helfen, Interventionspunkte in der Prävention klarer zu benennen. Vor allem dann, wenn staatliche und zivilgesellschaftliche Ressourcen begrenzt sind. Das Interesse an solchen Antworten und Lösungsvorschlägen ist verständlicherweise und bedauerlicherweise gerade in den letzten Jahren auch in der Schweiz gewachsen.

Das Nagoya Protokoll

Konsequente Weiterentwicklung des Umweltrechts oder Papiertiger

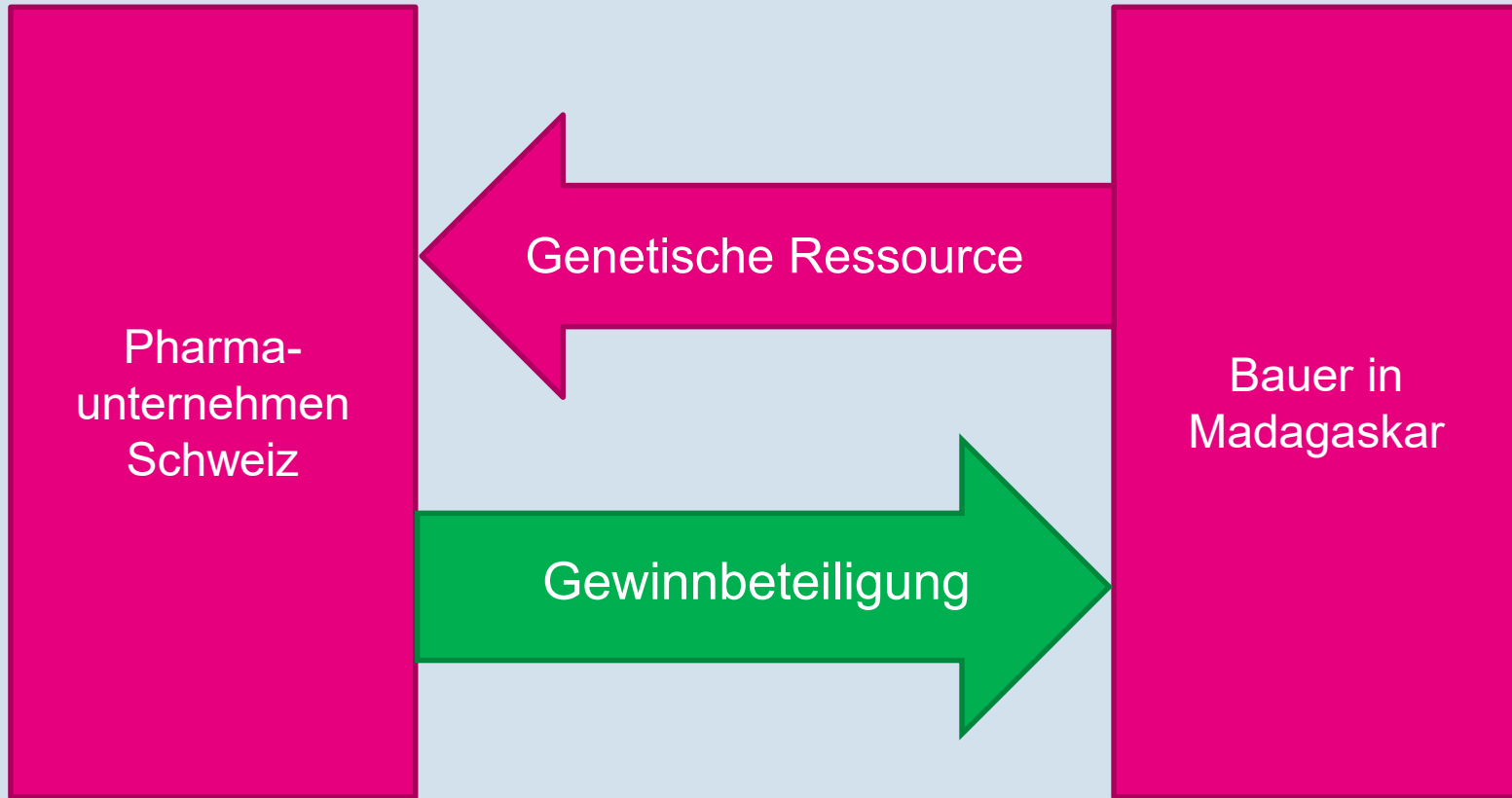


RALPH HEMSLEY
INTERNATIONALES UMWELTRECHT
RECHTSWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Nagoya Protokoll: Internationaler Vertrag – Regelung der Nutzung genetischer Ressourcen.

Anreiz für biodiversitätsreiche Länder ihre genetischen Ressourcen zu schützen.





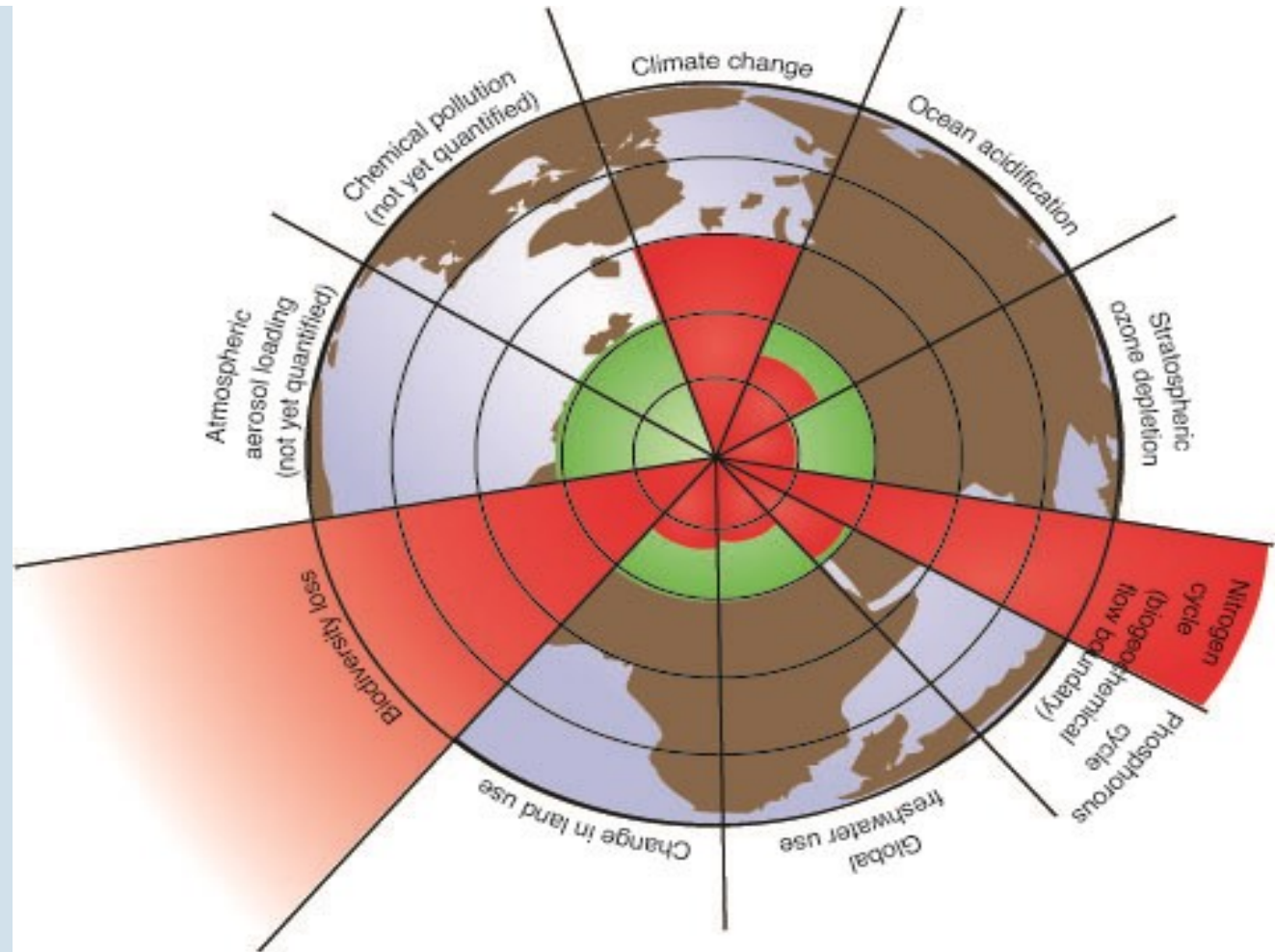
Analyse	Ergebnis
Neue Gesetze	Ja
Veränderung des Verhaltens	Gemischt
Verlangsamung Verlust Biodiversität	Nein

Nutzen und Mehrwert meiner Forschung

Verbesserung der
Umsetzung durch
aufdecken von
Schwächen

Nutzung neuer
Technologien

Verstärkung der
Anreize zum
Schutz der
Biodiversität



Luzern, 8. November 2018

Dies Academicus der Universität Luzern vom 8. November 2018

Das Nagoya Protokoll

Ralph Hemsley
Rechtswissenschaftliche Fakultät

Folie 1

Meine Damen und Herren

Es ist fünf nach zwölf. – Der Verlust der Biodiversität unserer Welt stellt eine der grössten Gefahren für die Menschheit dar.

Die Konvention zum Schutz der Biodiversität, oder zum Schutz der Vielfalt aller lebenden Organismen, wurde bereits 1992 abgeschlossen und wurde durch zwei Protokolle ergänzt.

Das Cartagena Protokoll über die biologische Sicherheit und das Nagoya Protokoll.

Das Nagoya Protokoll, welchem ich meine Forschung widme, verfolgt das Ziel, biodiversitätsreichen Ländern einen wirtschaftlichen Anreiz zu geben, diese Biodiversität zu schützen, um damit den Verlust von Biodiversität zu bremsen.

Aber wie funktioniert das?

Folie 2

Das Nagoya Protokoll soll eine faire und gerechte Aufteilung der Leistungen die sich aus der Nutzung genetischer Ressourcen ergeben garantieren. Es wird versucht, dieses Ziel über Vorteilsausgleiche zu erreichen.

Vorteilsausgleiche können am einfachsten an einem Beispiel erklärt werden. In diesem Beispiel verwendet ein Unternehmen aus einem Industrieland, eine Pflanze aus **einem Entwicklungsland** um daraus ein erfolgreiches Medikament herzustellen.

Vor der Einführung des Nagoya Protokolls, hätte es hierbei gereicht, den Marktwert der Pflanze zu bezahlen. Mit Einführung des Nagoya Protokoll, muss das Unternehmen aber dem Verkäufer der genetischen Ressource, einen angemessenen Beitrag leisten, der sich aus dem Gewinn des entwickelten Medikamentes ergibt.

Meine Forschungsfrage lautete nun: Funktioniert das Nagoya Protokoll überhaupt?

Luzern, 8. November 2018

Folie 3

Ob das Nagoya Protokoll auch funktioniert, kann anhand von drei Kriterien analysiert werden.

1. Haben Staaten nach dem Abschluss des Abkommens Gesetze erlassen oder sind sie sonst regulatorisch tätig geworden um die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten?
2. Gab es eine Veränderung im Verhalten der Staaten, oder im Verhalten Dritter?
3. Hat sich die Verlustrate biologischer Diversität aufgrund des abgeschlossenen Abkommens verlangsamt?

Die durchgeführte Recherche ergibt, dass Staaten die das Nagoya Protokoll ratifiziert haben, auch nationale Gesetze zur Umsetzung erlassen haben und unterschiedliche Durchsetzungsmechanismen eingesetzt wurden.

Entwicklungsländer haben aber Schwierigkeiten, das Nagoya Protokoll umzusetzen. Es fehlt oft an finanziellen Mitteln, sowie an Know-How.

Tatsächliche Veränderungen im Verhalten nachzuweisen zeigt ein gemischtes Resultat. Insgesamt wurden z.B. 2015 nur 52 Vorteilsausgleichsabkommen dokumentiert, was weit unter den Erwartungen lag. (klick) Verbesserte Werte, sind dafür gar nicht auszumachen. Trotz Nagoya Protokoll verlieren wir ungebremst weiter biologische Diversität.

Aber wofür ist meine Forschung denn gut?

Folie 4

Es ist zur Rettung unseres Planeten unabdingbar, internationale Umweltschutzabkommen weiter zu verbessern.

Es braucht zum Beispiel einen besseren Einbezug neuer Technologien, wie zum Beispiel Blockchain zur Nachverfolgung des Handels.

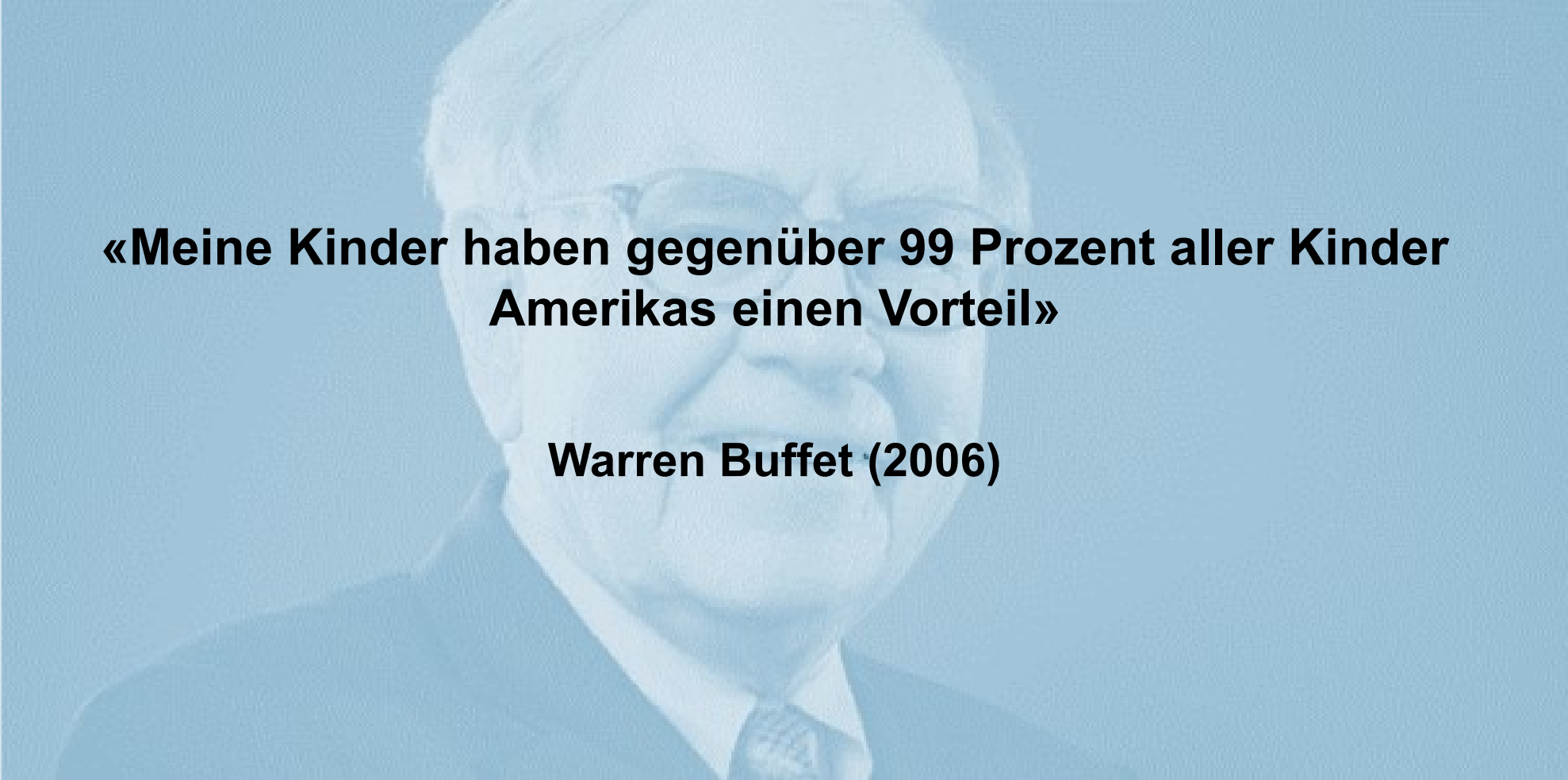
Entwicklungsländer müssen bei der Umsetzung internationaler Abkommen stärker unterstützt werden und noch stärkere Anreize zur Umsetzung internationaler umweltrechtlicher Verträge sind nötig.

Ich Danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Soziale Mobilität in der Schweiz – damals und heute



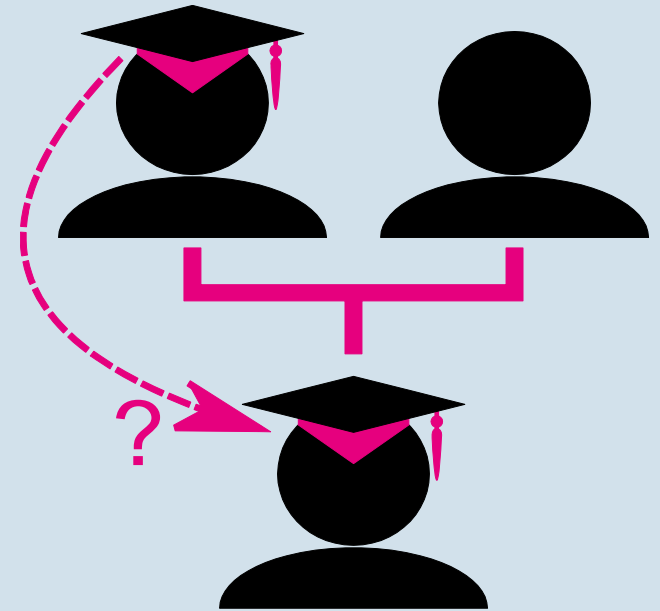
MELANIE HÄNER
POLITISCHE ÖKONOMIE
WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT



**«Meine Kinder haben gegenüber 99 Prozent aller Kinder
Amerikas einen Vorteil»**

Warren Buffet (2006)

- Grundidee der Chancengleichheit
- Verschiedene Indikatoren
- Bisherige Forschung: Hohe soziale Mobilität
- Langfristige Analyse von Gregory Clark (2014): Tiefe soziale Mobilität



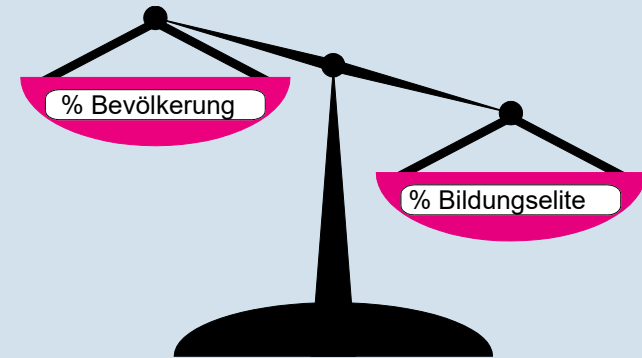
Besonderheiten der Schweiz

- Schwach ausgeprägte Feudalgesellschaft
- Keine Zerstörung durch die Weltkriege

«Wie entwickelte sich die intergenerationelle soziale Mobilität in der Schweiz seit 1460 am Beispiel der Universität Basel?»

Methode der Nachnamen

- Seltene Nachnamen
- Relative Repräsentation



Gute Datenverfügbarkeit

- Rektoratsmatrikel
- Einträge in Tauf- und Geburtenregister



- Beschreibung langfristige soziale Mobilität in der Schweiz
- Auswirkungen bestimmter Ereignisse
- Grundlage für Bestimmung wirtschaftspolitischer Massnahmen



Luzern, 8. November 2018

Dies Academicus der Universität Luzern vom 8. November 2018

Soziale Mobilität in der Schweiz – damals und heute

Melanie Häner
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

“Meine Kinder haben gegenüber 99 Prozent aller Kinder Amerikas einen Vorteil”

Dieses Zitat von Warren Buffet, dem zurzeit drittreichsten Mann der Welt, thematisiert die intergenerationelle soziale Mobilität. Sie steht im Fokus meines Forschungsprojekts am Lehrstuhl von Professor Schaltegger an der Universität hier in Luzern.

Die generationenübergreifende soziale Mobilität misst, wie stark die soziale Stellung der einen Generation mit jener der vorhergehenden Generation zusammenhängt. Salopp gesagt, drückt sie aus, ob die Redewendung «Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm» ihre Gültigkeit hat. Sie beschreibt also beispielsweise, wie stark der soziale Status der drei Buffet-Kinder durch jenen ihres Vaters bestimmt wird.

Eine hohe soziale Mobilität ist Ausdruck von Chancengleichheit und Grundvoraussetzung für eine funktionierende Leistungsgesellschaft, die davon ausgeht, dass Erfolg und Status durch Anstrengung und Talent und nicht etwa durch vererbte Gelder und Beziehungen erlangt werden.

Der soziale Status kommt verschiedentlich zum Ausdruck, sei es durch Einkommen, Vermögen, die berufliche Stellung oder die Bildung. Die bisherige Forschung hat insbesondere für westliche Demokratien in der Neuzeit eine relativ hohe soziale Mobilität festgestellt. Ein anderes Ergebnis liefert die Untersuchung des Ökonomen Gregory Clark. In seiner Analyse der sozialen Mobilität in verschiedenen Ländern über teilweise mehr als 20 Generationen stellte er eine sehr geringe soziale Mobilität fest.

Nun stellt sich die Frage: Wie hat sich die intergenerationelle soziale Mobilität in der Schweiz langfristig entwickelt? Zwei Vermutungen liegen nahe. Zum einen spräche die in der alten Eidgenossenschaft vergleichsweise schwach ausgeprägte Feudalgesellschaft für eine früh einsetzende hohe soziale Mobilität. Für eine schwache soziale Mobilität spricht demgegenüber die Tatsache, dass die Schweiz während beider Weltkriege von kriegsrischer Zerstörung verschont blieb, da eine solche das Potenzial hat, verfestigte Sozialstrukturen zu lockern.

Luzern, 8. November 2018

In meinem Forschungsprojekt konzentriere ich mich vorerst auf Basel und auf die Untersuchung der Bildungselite. Da die Universität Basel, gegründet 1460, die älteste Schweizer Universität ist, lautet meine Forschungsfrage: «Wie entwickelte sich die intergenerationelle soziale Mobilität in der Schweiz seit 1460 am Beispiel der Universität Basel?»

Um die soziale Mobilität über diesen langen Zeitraum bestimmen zu können, wähle ich seltene Basler Nachnamen aus und untersuche deren relative Repräsentation in der Bildungselite. Dabei vergleiche ich, wie oft ein bestimmter Nachname (beispielsweise Merian) in der Basler Bildungselite auftritt und wie gross seine Verbreitung in der Basler Bevölkerung ist. Eine schwache soziale Mobilität würde sich dadurch auszeichnen, dass bestimmte Nachnamen in der Bildungselite über die Jahre deutlich übervertreten wären.

Um die Bildungselite definieren zu können, benötige ich die Basler Rektoratsmatrikel. In diesen Rektoratsmatrikeln sind seit der Gründung der Universität Basel – also seit 1460! – beinahe lückenlos alle Studierenden und Rektoren aufgelistet. Um die Häufigkeit bestimmter Namen in der Basler Bevölkerung eruieren zu können, ziehe ich Tauf- und Geburtenregister bei. Dadurch entsteht ein immenser Datensatz. Alleine für die ersten 30 Jahre und damit die erste Generation enthalten beispielsweise die Rektoratsmatrikel über 3000 Einträge.

Diese Analyse soll zum einen die langfristige soziale Mobilität in der Schweiz aufzeigen und zum anderen untersuchen, ob externe Ereignisse wie die Reformation, die Industrielle Revolution, die Gründung des Bundesstaates oder Änderungen in der Politik der Universität Basel einen messbaren Einfluss auf die soziale Mobilität hatten. Die Ergebnisse könnten als Entscheidungsgrundlage für wirtschaftspolitische Massnahmen dienen, beispielsweise bei der Bestimmung des Ausmasses und der Ausgestaltung von Umverteilungsmechanismen. Ich freue mich sehr auf die ersten Ergebnisse dieses Forschungsprojekts und danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.